

Der Bundeshaushalt 1965 und 1966

Infolge von Regierungskrise und Neuwahlen konnte der Bundesvoranschlag 1966 nicht wie sonst üblich im Herbst, sondern erst im Frühjahr dem Parlament zugeleitet werden. Da inzwischen bereits die vorläufigen Ergebnisse für 1965 vorliegen, können Rechnungsabschluß 1965 und Voranschlag 1966 gemeinsam dargestellt und analysiert werden. So lassen sich die Entwicklungstendenzen und die Probleme der Budgetpolitik besser erkennen.

Vorläufiger Rechnungsabschluß 1965

Der Bundeshaushalt hatte 1965 in der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung einen formellen Abgang von 3,3 Mrd. S, weniger als in den Jahren vorher (1964 4,6 Mrd. S, 1963 4,1 Mrd. S). Der formelle Abgang läßt allerdings aus verschiedenen Gründen nur beschränkte Rückschlüsse darauf zu, wie das Budget die Einkommens- und Nachfrageströme der Gesamtwirtschaft beeinflußt hat. Die Budgetausgaben enthalten Schuldentilgungen, die nicht unmittelbar die kaufkräftige Nachfrage erhöhen. Sie wirken auf Liquidität, Finanzierungsbedingungen und Ausgabenneigung der übrigen Wirtschaftsbereiche ähnlich (nur mit umgekehrten Vorzeichen) wie die Schuldenaufnahmen, so daß sich eine Aufrechnung beider Größen empfiehlt (Unterschiede bestehen nur insoweit, als sich die Struktur der Staatsschuld sowie ihre Verteilung auf Gläubigergruppen und Schuldformen mit unterschiedlicher Laufzeit verschiebt). Ferner befinden sich unter den Bundesausgaben und -einnahmen Transaktionen mit dem Ausland, die nur mittelbar (über die Zahlungsbilanz und damit über die Finanzierungsbedingungen der übrigen Wirtschaftsbereiche) die Nachfrage nach heimischen Gütern und Leistungen beeinflussen.

Die unterschiedliche Wirkung verschiedener Budgetausgaben und -einnahmen auf den Einkommenskreislauf wird in der Regel zu berücksichtigen versucht, indem neben dem formellen Budgetabgang zwei weitere Salden berechnet werden: das „nachfragewirksame“ Netto-Defizit und das „inlandswirksame“ Netto-Defizit. Im ersten Fall werden die Ausgaben für Schuldentilgungen (einschließlich tilgungsähnlicher Ausgaben), im zweiten Fall auch die Transaktionen mit dem Ausland (z. B. Zahlungen an internationale Währungs- und Finanzinstitutionen, ausländische Heereslieferungen, Transferzahlungen vom Ausland und an das Ausland) ausgeschieden. Beide ergänzende Defizit-

berechnungen, die eine größere ökonomische Aussagekraft haben als der formelle Budgetabgang, ergeben ein viel „günstigeres“ Bild. Das nachfragewirksame Netto-Defizit betrug 1965 nur 0,3 Mrd. S (1964 2,8 Mrd. S, 1963 2,6 Mrd. S) und das inlandswirksame Netto-Defizit nur 0,5 Mrd. S (1964 1,7 Mrd. S, 1963 2,6 Mrd. S). Das inlandswirksame Netto-Defizit konnte somit seit 1963 jährlich um etwa 1 Mrd. S abgebaut werden.

Die Verringerung des Defizites wurde allerdings zum Teil dadurch erreicht, daß bestimmte Ausgaben, die früher im Budget enthalten waren, außerbudgetär finanziert wurden. Für die Automatisierung des Fernsprechnetzes (Fernsprechtbetriebs-Investitionsgesetz) und für Straßenbauten wurden 1965 1,3 Mrd. S (1964 0,5 Mrd. S) zusätzlich ausgegeben. Einschließlich der außerbudgetären Ausgaben des Bundes erreichte das inlandswirksame Netto-Defizit 1,8 Mrd. S (1964 2,2 Mrd. S, 1963 2,6 Mrd. S).

Die im Budget ausgewiesenen Gesamtausgaben waren 1965 um 5% und die ausgewiesenen Gesamteinnahmen um 8% höher als 1964. Führt man ähnliche Korrekturen wie bei der Defizitberechnung durch (Ausscheiden der nicht im Inland nachfragewirksamen Transaktionen, Hinzufügen der außerhalb des Budgets finanzierten Ausgaben), so sind Ausgaben und Einnahmen des Bundes um je 8% gestiegen, ebenso stark wie das nominelle Brutto-Nationalprodukt. Die Verteilung der Budgetausgaben auf konsum- und investitionsfördernde Ausgaben blieb nahezu unverändert (die investitionsähnlichen Ausgaben, einschließlich der außerbudgetären Investitionen, waren um 9% höher als 1964).

Die Ansätze des Voranschlages 1965 wurden nicht erreicht: die Ausgaben waren um 1% und die Einnahmen um 2% niedriger. Besonders die Schätzung der Steuereinnahmen erwies sich als zu optimistisch. Der Ausfall an Steuern wurde nur etwa

Der Bundeshaushalt seit 1964

	Ausgaben			Einnahmen			Überschuß (+), Abgang (-)		
	1964	1965	1966	1964	1965	1966	1964	1965	1966
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg Mill S	Bundes- voranschlag	Erfolg	Vorläufiger Erfolg Mill S	Bundes- voranschlag	Erfolg	Vorläufiger Erfolg Mill S	Bundes- voranschlag
Ordentliche Gebarung									
Hoheitsverwaltung	41 574	46 489	49 714	43 866	47 922	52 199	+ 2 292	+ 1 433	+ 2 485
Monopole	790	757	752	1 261	1 285	1 284	+ 471	+ 528	+ 532
Betriebe	5 964	6 499	7 034	5 844	6 366	6 826	- 120	- 133	- 208
Bundesbahnen	9 193	9 502	9 722	6 894	7 136	7 703	- 2 299	- 2 366	- 2 019
Pauschalvorsorge	—	—	785	—	—	—	—	—	- 785
Zusammen	57 521	63 247	68 007	57 865	62 709	68 012	+ 344	- 538	+ 5
Außerordentliche Gebarung									
Hoheitsverwaltung	3 924	2 014	1 910	232	28	—	- 3 692	- 1 986	- 1 910
Betriebe	1 264	765	640	—	—	—	- 1 264	- 765	- 640
Zusammen	5 188	2 779	2 550	232	28	—	- 4 956	- 2 751	- 2 550
Gesamterfolg	62 709	66 026	70 557	58 097	62 737	68 012	- 4 612	- 3 289	- 2 545
Zuführung zu Rücklagen	—	585	—	—	—	—	—	- 585	—
Anlehensgebarung	5 110 ¹⁾	—	—	309 ¹⁾	—	—	+ 4 801	+ 3 572	—
Unwirksame Gebarung	691	—	—	404	—	—	- 287	—	—
Veränderung der Kassenbestände	—	—	—	—	—	—	- 128	—	—

¹⁾ Ohne Prolongierung und Konvertierung von Finanzschulden (Durchlaufposten)

zur Hälfte durch sonstige Mehreinnahmen (z. B. steuerähnliche Einnahmen, Betriebseinnahmen und Kostenersätze) ausgeglichen. Da der Bund beträchtliche zusätzliche, im Voranschlag nicht enthaltene Ausgaben hatte (Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst, Hochwasserhilfe), konnte das finanzpolitische Ziel eines währungsneutralen Budgets (ohne außerbudgetäre Finanzierungen) nur dadurch annähernd erreicht werden, daß 1,5 Mrd. S Ermessenskredite gekürzt wurden. Die zu Jahresmitte verfügbaren Kürzungen dürften sich größtenteils noch 1965 auf die Auftragsvergebung der Ressorts ausgewirkt haben. Nur soweit bereits zu Jahresbeginn Bestellungen in Höhe der Budgetansätze vergeben wurden (meist bei größeren Investitionsprojekten), dürfte die offene oder versteckte Verwaltungsschuld zugenommen haben.

Die Bemühungen der Budgetpolitik, die konjunkturellen Auftriebskräfte einzudämmen, wurden durch die staatliche Schuldenpolitik unterstützt. Bis Anfang 1964 hatte sich der Bund im größeren Umfang im Ausland verschuldet und damit dem Kreditapparat zusätzliches Notenbankgeld zugeführt. Seither nahm er jedoch keine neuen Auslandsschulden mehr auf (mit Ausnahme der Warenkredite für das Bundesheer), tilgte aber alte Auslandsschulden. Dadurch wurde die Tendenz zur Passivierung der Zahlungsbilanz verstärkt und die Liquidität des Kreditapparates verknappt.

Ausgaben

Die im Budget verrechneten *Gesamtausgaben* des Bundes waren 1965 mit 66'03 Mrd. S (davon 2'78 Mrd. S im a. o. Haushalt) um 3'32 Mrd. S oder 5% höher als 1964. Vom Mehraufwand ent-

fielen fast 2 00 Mrd. S auf das Personal und 1 00 Mrd. S auf die Staatsschuld (Tilgungen). Außerdem wurden für Beihilfen und Unterstützungen

Struktur der Bundesausgaben

	1964	1965	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundes- vor- anschlag ¹⁾
	Erfolg	Vor- läufiger Erfolg		
	Mill S			
I Ordentliche Gebarung der Hoheitsverwaltung				
Personalaufwand für Aktive	8 484	9 501	+ 1 017	10 624 ²⁾
Pensionen	2 902	3 064	+ 162	3 370 ²⁾
Beihilfen, Renten, Unterstützungen	7 716	8 245	+ 529	8 389
Zuschüsse an Sozialversicherungsträger	5 349	5 750	+ 401	7 137
Subventionen	2 934	3 192	+ 258	3 449
Staatsschuld	3 194	4 194	+ 1 000	3 876
Brutto-Invest der ordentl. Gebarung	2 600	2 606	+ 6	3 032
Investitionsförderg. der ordentl. Gebarung	986	1 317	+ 331	1 095
Instandhaltung und Reparaturen	636	772	+ 136	720
Leistungen aus dem Titel des Staatsvertrages	822	733	- 89	641
Landesverteidigung (ohne Personalaufwand; s. o.)	1 258	1 663	+ 405	1 774
Erwerb von Vermögenswerten	433	600	+ 167	754
Laufende Transfers an Länder und Gemeinden	544	600	+ 56	700
Übriger Sachaufwand (Restpost)	3 716	4 252	+ 536	4 586
Summe I	41 574	46 489	+ 4 915	50 147¹⁾
II Ordentliche Gebarung der Monopole und Betriebe				
Personalaufwand für Aktive	6 378	6 985	+ 607	7 629 ²⁾
Pensionen	3 231	3 440	+ 209	3 730 ²⁾
Betriebsaufwand	3 954	4 089	+ 135	4 318
Instandhaltung	841	855	+ 14	880
Brutto-Investit. der ordentl. Gebarung	1 543	1 389	- 154	1 303
Summe II	15 947	16 758	+ 811	17 860²⁾
III Außerordentliche Gebarung				
Landesverteidigung	1 261	287	- 974	108
A. o. Invest der Hoheitsverwaltung	684	934	+ 250	853
A. o. Invest der Betriebe	1 251	765	- 486	640
A. o. Förderung der Landwirtschaft („Grüner Plan“)	196	374	+ 178	375
Internationaler Währungsfonds usw.	921	137	- 784	48
Sonstige a. o. Investitionsförderung (Darlehen, Kapitalerwerb usw.)	875	282	- 593	526
Summe III	5 188	2 779	- 2 409	2 550
Gesamtausgaben (I bis III)	62 709	66 026	+ 3 317	70 557¹⁾

¹⁾ Zum Teil vorläufige Zahlen. — ²⁾ Einschließlich Pauschalvorsorge

gen 0 58 Mrd S, für Zuschüsse an die Sozialversicherung 0 40 Mrd. S und für Subventionen 0 26 Mrd S zusätzlich aufgewendet.

Größere Einsparungen waren vor allem im a. o. Budget möglich (—2 41 Mrd S), da weniger Mittel für internationale Finanzinstitutionen (—0 78 Mrd. S) und für Kapitalerwerb (—0 59 Mrd. S) bereitgestellt werden mußten als im Vorjahr. Ferner wurde um 0 45 Mrd. S weniger für die Landesverteidigung ausgegeben.

Der *Personalaufwand* stieg um 9 5% (+2 00 Mrd. S) auf 22 99 Mrd S. Davon entfielen 16 49 Mrd. S auf Aktivbezüge und 6 50 Mrd. S auf Pensionen. Die Erhöhung der Gehälter der Bundesbediensteten ließ erstmalig seit einigen Jahren den Anteil des Personalaufwandes an den Gesamtausgaben des Bundes steigen. Er erreichte 35%, gegen 33% in den Jahren 1961 bis 1964.

Personalaufwand

	1964		1965		1966
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag ¹⁾	
	Mill S				
Löhne und Gehälter der Aktiven					
Hoheitsverwaltung	8 484	9 501	+1 017	10 624	
Monopole und Betriebe	6 378	6 985	+ 607	7 629	
	14 862	16 486	+1 624	18 253	
Pensionen					
Hoheitsverwaltung	2 902	3 064	+ 162	3 370	
Monopole und Betriebe	3 231	3 440	+ 209	3 730	
	6 133	6 504	+ 371	7 100	
Insgesamt					
Hoheitsverwaltung	11 386	12 565	+1 179	13 994	
Monopole und Betriebe	9 609	10 425	+ 816	11 359	
	20 995	22 990	+1 995	25 353	

¹⁾ Einschließlich Pauschalvorsorge (785 Mill S)

Für *soziale Transferzahlungen* (Beihilfen, Renten und Unterstützungen, ohne Pensionen) gab der Bund 8 25 Mrd S aus, um 7% (+0 53 Mrd. S) mehr als 1964. Die Kinder- und Familienbeihilfen wurden wenig (wegen der Milch- und Brotpreis-erhöhung), die Sätze der Kriegsof- und Arbeitslosenfürsorge merklich erhöht.

Beihilfen, Renten und Unterstützungen

	1964		1965		1966
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag	
	Mill S				
Kinder- und Familienbeihilfen usw.	4 863	5 066	+203	5 118	
Kriegsof- und Arbeitslosenunterstützungen	1 552	1 723	+171	1 726	
Arbeitslosenunterstützungen	896	1 056	+160	1 117	
Opferfürsorge und Kleinrentner	100	107	+ 7	108	
Stipendien	104	93	- 11	115	
Sonstiges	201	200	- 1	205	
	7 716	8 245	+529	8 389	

Die *Zuschüsse zur Sozialversicherung* wuchsen mit 7% (+0 40 Mrd S) nicht mehr so sprunghaft wie in den Vorjahren. Die Pensionsnachziehungen waren größtenteils abgeschlossen, und die „Pensionsdynamik“ wird erstmals 1966 wirksam (Pensionsanpassungsgesetz 1965).

Die *Subventionen* stiegen um 9% (+0 26 Mrd S) auf 3 19 Mrd S. Die Agrarpreisstützungen blieben seit 1963 nahezu unverändert, doch wurden zusätzliche Subventionen an andere Bereiche gewährt, hauptsächlich Zahlungen nach dem I. Verstaatlichungs-Organisationsgesetz (Schuldennachlaß für die Hütte Krems Ges. m. b. H.), Zinszuschüsse für Exportkredite an Entwicklungsländer sowie direkte Entwicklungshilfe.

Subventionen

	1964		1965		1966
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag	
	Mill S				
Brotgetreide	666	571	- 95	612	
Milch	1 662	1 761	+ 99	1 911	
Sonstige Lebensmittel	54	62	+ 8	61	
Futtermittel	161	186	+ 25	256	
Düngemittel	244	268	+ 24	298	
Sonstige Bergbauhilfe	65	65	0	44	
Subventionen an die übrige Wirtschaft	60	212	+152	197	
Entwicklungshilfe	22	67	+ 45	70	
	2 934	3 192	+258	3 449	

Die Kosten der *Staatsschuld* erreichten 4 19 Mrd. S, um 31% (+1 00 Mrd. S) mehr als 1964. 1 45 Mrd S entfielen auf Zinsen und Spesen, 2 74 Mrd S auf Tilgungen. Nahezu der gesamte Mehraufwand ging darauf zurück, daß größere Tilgungsquoten fällig wurden.

Das *Investitionsbudget* des Bundes war 1965 ziemlich knapp. Die investitionsähnlichen Ausgaben stiegen nur um 1% (+0 12 Mrd S) auf 9 21 Mrd S. Die Brutto-Anlageinvestitionen wurden um 6% (—0 38 Mrd. S) eingeschränkt, die Aufwendungen für Instandhaltung dagegen um 9% (+0 15 Mrd S) und die für Investitionsförderung um 27% (+0 36 Mrd. S) ausgeweitet. Die tatsächlichen Investitionen des Bundes waren allerdings größer als die im Budget ausgewiesenen. Die Automatisierung des Fernsprechnetzes (Fernsprechtetriebs-Investitions-gesetz) und der Bau von Mautstraßen (Brenner-Autobahn, Felbertauernstraße) wurden ganz oder teilweise außerhalb des Budgets finanziert. Einschließlich der außerbudgetären Investitionen, die 1965 besonders stark ausgeweitet wurden, waren die investitionsähnlichen Ausgaben des Bundes um 9% und seine

Brutto-Investitionen im engeren Sinne um 6% höher als 1964. Der Investitionsanteil an den Gesamtausgaben blieb daher annähernd konstant. Die Investitionsstruktur hat sich allerdings merklich verschoben. Schlechter als 1964 schnitten vor allem die Bundesbetriebe ab (auch einschließlich der außerbudgetären Finanzierungen), wogegen für den Straßenbau, der großteils aus zweckgebundenen Einnahmen bestritten wird, sowie für Investitionen in der Landwirtschaft mehr Mittel bereitstanden. Insgesamt dürfte der Anteil der Bauten zu Lasten des Anteiles der Ausrüstungsinvestitionen gestiegen sein.

Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung

	1964		1965		1966
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag ¹⁾	
Mill S					
I Hoheitsverwaltung					
Straßen und Brücken	2 276	2 322	+ 46	2 640	
Hochbauten	564	698	+134	740	
Wasserbau und sonstige Bauten	63	90	+ 27	75	
Inventar, Maschinen, Fahrzeuge	381	430	+ 49	430	
Investitionen insgesamt	3.284	3.540	+256	3.885	
Instandhaltung	636	772	+136	720	
II Bundesbetriebe und Monopole					
Bundesbahnen	1 666	1 618	- 48	1 228	
Post	1 032	459	-573	619	
Sonstige	96	77	- 19	96	
Investitionen insgesamt	2 794	2 154	-640	1 943	
Instandhaltung	841	855	+ 14	880	
III Investitionsförderung					
Wohnungsbau	247	182	- 65	140	
Land- und Forstwirtschaft	680	905	+225	635	
Industrie, Gewerbe, Handel	148	160	+ 12	235	
Sonstige Darlehen und Zuschüsse ²⁾	257	445	+188	460	
Summe III	1.332	1.692	+360	1.470	
Investitionen, Instandhaltung u. Investitionsförderung insgesamt	9.081	9 206	+125	9 116	
davon Brutto-Investitionen	6 078	5 694	-384	5 828	
Instandhaltung ²⁾	1 671	1 820	+149	1 818	
Investitionsförderung	1 332	1 692	+360	1 470	

¹⁾ Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Hochschulen (Zuschuß an Länder), Atomenergie usw. — ³⁾ Davon militärische Bauten 194, 193 bzw. 218 Mill S.

Das gilt insbesondere dann, wenn man die öffentlichen Wohnbaufonds in den Vergleich einbezieht, die vom Bund verwaltet, aber nicht im Bundesbudget ausgewiesen werden. Beiden Fonds (Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds) standen 1965 2,6 Mrd. S aus Steuern, Anleihen und Bundeszuschüssen zur Verfügung. Verbaut wurden etwa 2,1 Mrd. S, um 0,24 Mrd. S (+13%) mehr als im Vorjahr. Die restlichen Einnahmen wurden für Schuldendienst, Zuweisungen an den Wasserwirtschaftsfonds und sonstige Kosten verwendet oder für bereits genehmigte aber noch nicht abgerechnete Bauten reserviert.

Öffentliche Wohnbaufonds

	1964		1965		1966
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Schätzung	
Mill S					
I Gewährte Darlehen					
Wohnhaus-Wiederaufbau-Fonds (WWF)	1 211	1 340 ¹⁾	+129	1 600	
Bundes-Wohn- und Siedlungs-Fonds (BWSF)	673	787	+114	900	
Gefördertes Bauvolumen	1 884	2 127	+243	2 500	
II Bedeckung					
Beiträge zum WWF	1 284	1 472	+188	1 700	
Wohhabauförderungsbeiträge (zum BWSF)	562	604	+ 42	650	
Darlehensaufnahme (netto)	324	476	+152	550	
Bundeszuschüsse	100	100	0	—	
	2 270	2 652	+382	2 900	

¹⁾ Vorläufiger Wert

Für die Landesverteidigung wurde um 0,45 Mrd S (-13%) weniger ausgegeben als 1964. Die Kürzungen betrafen allerdings nicht den laufenden Aufwand, sondern ausschließlich Waffenlieferungen aus dem Ausland. Der Anteil des Verteidigungsbudgets am Brutto-Nationalprodukt, der im Vorjahr mit 1,5% den bisherigen Höchstwert erreicht hatte, sank auf 1,2% (1964 Schweiz 2,6%, Schweden 4,4%).

Einnahmen

Die Gesamteinnahmen des Bundes erreichten 1965 62,74 Mrd S, um 4,64 Mrd S oder 8% mehr als im Vorjahr. Sie stiegen ebenso wie die (bereinigten) Ausgaben gleich stark wie das nominelle

Struktur der Bundeseinnahmen

	1964		1965		1966
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag	
Mill S					
I Laufende Einnahmen der Hoheitsverwaltung					
Steuern und Abgaben	32 113	34 879	+2 766	38 743	
Steuerähn. Einnahmen	6 361	6 955	+ 594	7 599	
Laufende Beiträge der Länder und Gemeinden	476	505	+ 29	520	
Überweisungen aus dem Ausland	584	550	- 29	638	
Zinsen	328	320	- 8	303	
Darlehensrückflüsse	317	265	- 52	195	
Gewinnanteile und Vermögenserträge	824	990	+ 166	985	
Veräußerungserlöse	258	430	+ 172	440	
Pensionsbeiträge der Beamten	260	290	+ 30	315	
Laufende Ressorteneinnahmen und Kostenersätze (Restpost)	2.345	2.733	+ 388	2.461	
Summe I	43 866	47 922	+4 056	52 199	
II Einnahmen der Monopole und Bundesbetriebe					
Monopole	1 261	1 285	+ 24	1 284	
Post	4 804	5 297	+ 493	5 702	
Bundesbahnen	6 894	7 136	+ 242	7 703	
Sonstige Betriebe	1.040	1.069	+ 29	1.124	
Summe II	13.999	14.787	+ 788	15.813	
Ordentliche Einnahmen (Summe I und II)	57 865	62 709	+ 4 844	68 012	
III Außerordentliche Gebarung	232	28	- 204	—	
Einnahmen insgesamt (Summe I bis III)	58.097	62.737	+ 4.640	68.012	

Brutto-Nationalprodukt (+8%). Die Steuer- und Abgabenerträge wuchsen um 9%, die Betriebs-einnahmen um 6% und alle übrigen Einnahmen um 9%.

An *öffentlichen Abgaben* gingen brutto 53 17 Mrd. S (+4 54 Mrd. S oder +9%) und netto (nach Abzug der Ertragsanteile) 34 88 Mrd. S (+2 77 Mrd. S oder +9%) ein. Die Erträge der direkten Steuern (+12%) stiegen kräftiger als die der indirekten Steuern (+8%). Der Voranschlag hatte mit einem Steueraufkommen von 37 0 Mrd. S (netto) gerechnet. Die Mindererträge erklären sich zum Teil aus den witterungsbedingten Rückschlägen in wichtigen Bereichen (Landwirtschaft und Industrie) sowie aus der Verflachung der Industriekonjunktur.

Von den *direkten Steuern* (22 53 Mrd. S) brachte die veranlagte Einkommensteuer (5 70 Mrd. S) um 0 53 Mrd. S (+10%), die Körperschaftsteuer (2 68 Mrd. S) um 0 27 Mrd. S (+11%) und die Gewerbesteuer (4 24 Mrd. S) um 0 26 Mrd. S (+7%) mehr als 1964. Ähnlich stark wie im Vorjahr stieg das Aufkommen an Lohnsteuer (um 1 10 Mrd. S oder 24% auf 5 73 Mrd. S). Es überschritt damit erstmals seit 1952 das Einkommensteueraufkommen. Obschon Lohnsteuer und Einkommensteuer nach dem gleichen Tarif bemessen werden, wächst der Ertrag an Lohnsteuer mit steigendem Einkommen viel stärker als der Ertrag an Einkommensteuer. Die unterschiedliche „Elastizität“ der beiden Steueraufkommen erklärt sich hauptsächlich aus Unterschieden in der Einkommensschichtung von Arbeitnehmern und Selbständigen. Ein relativ großer Teil der Arbeitnehmer bezieht mittlere Einkommen, wo marginaler und durchschnittlicher Steuersatz besonders stark voneinander abweichen (in den oberen Einkommensstufen sind beide Steuersätze nahezu gleich). In der Vergangenheit wurden meist die Tarife gesenkt, wenn die Arbeitnehmereinkommen die Steuerprogression stärker zu spüren bekamen und sich das Aufkommen an Lohnsteuer dem an Einkommensteuer näherte (1953, 1954, 1958, 1962).

Von den *indirekten Steuern* (30 64 Mrd. S) entfielen 13 70 Mrd. S (+0 87 Mrd. S oder +7%) auf die Umsatzsteuer. Die Zölle (4 27 Mrd. S) warfen trotz vertraglichen und autonomen Zollsenkungen um 0 30 Mrd. S (+8%), die Verbrauchsteuern (6 77 Mrd. S) um 0 63 Mrd. S (+10%) und die Gebühren und Verkehrssteuern (5 72 Mrd. S) um 0 40 Mrd. S (+7%) mehr ab als 1964.

An *steuerähnlichen Einnahmen*, die hauptsächlich von der Lohnsumme bemessen werden, gingen

Steuern und steuerähnliche Einnahmen

	1964	1965		1966
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
Mill S				
A Steuern				
1 Direkte Steuern				
Einkommensteuer	5.172	5.705	+ 533	6.500
Lohnsteuer	4.636	5.732	+ 1.096	6.900
Körperschaftsteuer	2.408	2.677	+ 269	2.950
Vermögensteuer (einschl. Sondersteuer)	913	713	- 200	790
Gewerbesteuer	3.978	4.243	+ 265	4.670
Beiträge zum WWF	1.232	1.421	+ 189	1.646
Beiträge f. d. Länder zur Wohnbauförderung	616	711	+ 95	741
Beiträge f. d. Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds	369	426	+ 57	494
Wohnbauförderungsbeitrag (BWSF)	562	604	+ 42	630
Sonstige direkte Steuern	303	299	- 4	392
Summe 1	20 189	22 531	+ 2.342	25 713
2 Indirekte Steuern				
Umsatzsteuer	12 830	13 700	+ 870	14 850
Zölle	3.963	4.266	+ 303	4.600
Tabaksteuer	2.293	2.591	+ 298	2.800
Mineralölsteuer	3.157	3.466	+ 309	4.075
Biersteuer	523	532	+ 9	560
Weinsteuer, Branntweinabgabe usw.	170	183	+ 13	198
Rechnungsstempel	2.111	2.258	+ 147	2.500
Beförderungssteuer	536	568	+ 32	600
Gründerwerbsteuer	375	411	+ 36	420
Versicherungssteuer	293	343	+ 50	380
Kraftfahrzeugsteuer	429	450	+ 21	480
Erbschaftsteuer	192	221	+ 29	240
Erbschaftsteueräquivalent	253	280	+ 27	320
Außenhandelsförderungsbeitrag	231	249	+ 18	270
Sonstige Gebühren und Abgaben	1.082	1.122	+ 40	1.231
Summe 2	28.438	30.640	+ 2.202	33.524
Öffentliche Abgaben brutto	48.627	53.171	+ 4.544	59.237
Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	16.514	18.292	+ 1.778	20.494
Öffentliche Abgaben netto (A)	32.113	34.879	+ 2.766	38.743
B Steuerähnliche Einnahmen				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	1.111	1.180	+ 69	1.254
Dienstgeberbeiträge zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds	3.979	4.370	+ 391	4.800
Beiträge zum Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds	438	496	+ 58	564
Sonderbeiträge gem. § 12 Wohnungsbauhilfengesetz	346	360	+ 14	372
Zweckgeb. Einnahmen für Preisausgleich	470	531	+ 61	591
Sonstige	17	18	+ 1	18
Summe B	6.361	6.955	+ 594	7.599
Steuern und steuerähnliche Einnahmen des Bundes insgesamt (A+B)	38.474	41.834	+ 3.360	46.342

6 95 Mrd. S ein, um 0 59 Mrd. S oder 9% mehr als im Vorjahr. Die *sonstigen Einnahmen* der Hoheitsverwaltung, überwiegend „Kostensätze“, Vermögenserträge, Veräußerungserlöse, Zinsen, Darlehensrückflüsse und Überweisungen aus dem Ausland, erhöhten sich insgesamt um 0 49 Mrd. S oder 9%. Die Einnahmen der *Betriebe und Monopole* waren 1965 mit 14 79 Mrd. S um 0 79 Mrd. S oder 6% höher als im Vorjahr. Am stärksten (um 10% oder 0 49 Mrd. S) stiegen, wie schon seit Jahren, die Erträge der Post. Ein Teil der Mehrerträge muß allerdings zur Bezahlung der in den Vorjahren mittels Bankkrediten finanzierten Inve-

stitutionen verwendet werden. Die ÖBB (+0,24 Mrd S oder 3,5%) sowie Monopole und sonstige Bundesbetriebe (+2%) hatten dagegen nur schwache Mehreinnahmen. Das Netto-Defizit der Betriebe und Monopole blieb mit 1,97 Mrd S (1964 1,95 Mrd S) fast unverändert.

Die Bundesschuld

Die *Finanzschuld* des Bundes erhöhte sich 1965 um 0,97 Mrd S (3,5%) auf 28,28 Mrd S. Sie beträgt seit 1961 ziemlich konstant 12% des Bruttonationalproduktes. 1950 hatte der Anteil noch 21% und 1937 sogar 36% betragen. Dennoch nahmen die laufenden Ausgaben für die Bundesschuld überproportional zu. Für Tilgung und Verzinsung mußten 1965 4,19 Mrd S oder 17% des Bruttonationalproduktes aufgewendet werden (1964 1,5%, 1962 1,2%). Die durchschnittliche Verzinsung der Staatsschuld ist seit Kriegsende ständig gestiegen (1965 6,1%, 1964 5,3%, 1961 4,5%, 1937 3,7%), weil die niedrig verzinslichen Alt-schulden (z. B. Bundesschuldverschreibungen, alte Auslandsschulden, Notenbankkredite usw.) immer mehr an Gewicht verlieren. Die Durchschnittsverzinsung nähert sich dem derzeitigen Marktzins.

Die Konsolidierung der kurzfristigen Staats-schuld wurde 1964 großteils abgeschlossen. Von der gesamten Bundesschuld entfielen Ende 1965 nur noch 2% auf kurzfristige, 10% auf mittel-fristige, hingegen 88% auf langfristige Verpflich-tungen mit einer Laufzeit von mehr als 5 Jahren.

Stand der Finanzschuld des Bundes¹⁾

	1963		1964		1965	
	Stand	Ver- änderung	Stand	Ver- änderung	Stand	Ver- änderung
Mill S						
I Auslandschuld						
davon						
Titrierte Schuld	1.523	+ 133	1.727	+ 204	1.637	- 90
Nichttitrierte Schuld	2.633	+ 616	3.266	+ 633	2.720	- 546
Summe I	4.156	+ 483	4.993	+ 837	4.357	- 636
II Inlandschuld						
1 Fundierte Schuld	14.425	+2.195	20.034	+5.609	21.563	+1.529
davon						
Titrierte Schuld	11.151	+1.883	13.993	+2.842	15.675	+1.682
Nichttitrierte Schuld	3.274	+ 312	6.041	+2.767	5.888	- 153
2 Schwebende Schuld	6.481	- 634	2.282	-4.199	2.357	+ 75
Summe II	20.906	+1.561	22.316	+1.410	23.920	+1.604
Gesamte Bundesschuld	25.062	+2.044	27.309	+2.247	28.277	+ 968
davon						
Kurzfristig ²⁾	5.417	-2.260	466	-4.951	532	+ 66
Mittelfristig ³⁾	2.209	+ 988	3.315	+1.106	2.978	- 337
Langfristig ⁴⁾	17.436	+3.316	23.528	+6.092	24.767	+1.239

¹⁾ Jeweils zu Jahresende. — ²⁾ Laufzeit bis einschl. 1 Jahr. — ³⁾ Laufzeit 1 bis 5 Jahre. — ⁴⁾ Laufzeit länger als 5 Jahre.

Bundeschuldenplan 1966

Die Finanzpolitik war bestrebt, auch für 1966 ein „währungsneutrales“ Budget zu erstellen: die im Budget ausgewiesenen Gesamtausgaben sollten die Einnahmen nur um die Höhe der Schuldentilgungen übersteigen. Dieses Prinzip ließ sich allerdings nicht leicht verwirklichen, da die beträchtlichen Mehrausgaben für das Personal und für soziale Zwecke einen Großteil des voraussichtlichen natürlichen Einnahmewachses beanspruchen. Um dennoch den Budgetsaldo auf das angestrebte Maß zu beschränken, mußten die Ermessenskredite knapp gehalten und auf eine Senkung der Einkommensteuer verzichtet werden. Trotzdem wäre eine empfindliche Kürzung der investitionsähnlichen Ausgaben des Bundes notwendig gewesen. Die Bundesregierung hat sich daher entschlossen, Bahntarife und Mineralölsteuer zu erhöhen, um zusätzliche Budgetmittel für Investitionen aufzubringen. Außerdem werden ähnlich wie 1965 in größerem Umfang Investitionen außerhalb des Budgets finanziert.

Der Bundesvoranschlag 1966

	1965 ¹⁾	1966	Differenz	
		Mill S		%
Ordentliche Gebarung				
Ausgaben	63.247	68.007	+4.760	+ 7,5
Einnahmen	62.709	68.012	+5.303	+ 8,5
Abgang Überschuß	- 538	+ 5	- 543	
Außerordentliche Gebarung				
Ausgaben (netto)	2.751	2.550	- 201	- 7,3
Gesamtgebarungsausgang	3.289	2.545	- 744	- 22,6

¹⁾ Vorläufiger Erfolg.

Der nach diesen Grundsätzen erstellte Bundesvoranschlag 1966 sieht Gesamtausgaben von 70,56 Mrd S vor, davon 68,01 Mrd S in der ordentlichen und 2,55 Mrd S in der außerordentlichen Gebarung. Die laufenden Einnahmen werden auf 68,01 Mrd S geschätzt. Der ordentliche Haushalt ist damit ausgeglichen, der Gesamthaushalt hat einen formellen Abgang von 2,55 Mrd S, der den in der ordentlichen Gebarung verrechneten Schuldentilgungen entspricht. Einschließlich der voraussichtlichen außerbudgetären Investitionen ergibt sich ein inlandswirksames Netto-Defizit von 1,3 Mrd S. Die im Budget veranschlagten Gesamtausgaben des Bundes sowie seine inlandswirksamen Ausgaben (einschließlich der außerbudgetären Investitionen) sind um 8%, die veranschlagten Einnahmen auch um 8% höher als 1965. Selbst wenn die tatsächlichen Ausgaben den Voranschlag etwas übersteigen sollten (die Personalkosten werden vermutlich etwas stärker steigen, als veranschlagt

wurde, und das Bundesheer wurde zu zusätzlichen Waffenkäufen im Ausland ermächtigt), dürften sie sich ebenso wie 1965 in den Grenzen der nominalen Ausweitung des Brutto-Nationalproduktes (voraussichtlich 8%) halten.

Budgetdefizit, Budgetrahmen und Brutto-Nationalprodukt

Jahr	Bundesausgaben ¹⁾	Bundeseinnahmen ²⁾	Nominelles Brutto-Nationalprodukt	Netto-Budgetdefizit ³⁾	
				ohne Vorfinanzierung	mit Vorfinanzierung
Zunahme gegen das Vorjahr in %					
1961	8	15	10	+0.5	•
1962	11	9	6	-0.5	•
1963	9	5	7	-2.6	•
1964	8.9 ⁴⁾	10	10	-1.7	-2.2
1965	6.8 ⁴⁾	8	8	-0.5	-1.8
1966 ⁵⁾	8	8	8	0.0	-1.3

¹⁾ Ohne Schuldentilgung, Auslandsstransaktionen und Durchlaufposten. — ²⁾ Ohne Durchlaufposten — ³⁾ Inlandswirksames Netto-Defizit (ohne Schuldentilgung). — ⁴⁾ Einschließlich Vorfinanzierung — ⁵⁾ Laut Bundesvoranschlag

Verfolgt man die Entwicklung des Staatshaushaltes über einen längeren Zeitraum, so fällt auf, daß die jährlichen Zuwachsraten der Staatsausgaben bis 1962 ziemlich stark schwankten, seither aber nahezu stabil sind. Eine relativ stetige Ausweitung des Budgetvolumens ist in Zeiten mäßig schwankender Konjunktur wahrscheinlich zweckmäßiger als eine konjunkturorientierte Ausgabenpolitik, die ihr Ziel oft deshalb verfehlt, weil sich Ausmaß und Dauer der Konjunkturschwankungen im Zeitpunkt der Budgeterstellung nur schwer vorsehen lassen.

Allerdings kann sich eine stetige Ausweitung der Gesamtausgaben konjunktur- und wachstumspolitisch nachteilig auswirken, wenn versucht wird, eine überproportionale Steigerung bestimmter Ausgaben durch eine relative Beschneidung der elastischen Ausgaben des Budgets, zu denen vor allem die Investitionen zählen, auszugleichen. Da 1966 die Personalkosten und die Zuschüsse zur Sozialversicherung stark zunehmen und mehr Mittel für das Erziehungswesen bereitgestellt werden, kann das Investitionsbudget nur knapp dotiert werden. Sämtliche investitionsähnlichen Ausgaben des Bundes werden trotz Steuer- und Tarifierhöhungen und außerbudgetären Vorfinanzierungen nominell nur etwa gleich hoch veranschlagt wie 1965, wobei sich die Investitionsstruktur weiter zugunsten der Bauten verschieben wird. Es ist aber aus verschiedenen Gründen möglich, daß der Voranschlag überschritten werden dürfte. Die Investitionstätigkeit des Bundes hat in den letzten drei Jahren (1964 +17%, 1965 +9%, 1966 0%) die kurzfristigen Schwankungen der Investitionsgüterproduktion eher verstärkt als gemildert.

Der Finanzminister beabsichtigt, in den nächsten Jahren durch verschiedene Maßnahmen (z. B. durch einen schrittweisen Subventionsabbau) zusätzlich Budgetmittel für öffentliche Investitionen zu gewinnen und damit die Tendenz überproportional wachsender Konsumausgaben zu korrigieren. Erfahrungsgemäß ist es jedoch in einer vollbeschäftigten Wirtschaft nicht leicht, den Investitionsanteil am Budget und am Brutto-Nationalprodukt mit finanzpolitischen Mitteln zu erhöhen, da die Erwerbstätigen zusätzlichen Belastungen durch höhere Einkommensforderungen auszuweichen versuchen.

Im einzelnen unterscheidet sich der Bundesvoranschlag 1966 vor allem in folgenden Punkten vom vorläufigen Abschluß 1965:

Der *Personalaufwand* wird mit 25.35 Mrd. S um 10% (2.36 Mrd. S) höher sein als im Vorjahr. 18.25 Mrd. S entfallen auf Aktivbezüge und 7.10 Mrd. S auf Pensionen. Der Mehraufwand erklärt sich hauptsächlich aus der allgemeinen Erhöhung der Beamtengehälter Mitte 1965 (+7%) und Mitte 1966 (+6%).

Der *Bundeszuschuß zur Sozialversicherung* wird um 24% (1.4 Mrd. S) auf 7.1 Mrd. S steigen. Der Mehrbedarf geht vor allem auf die Einführung der Pensionsdynamik (Pensionsanpassungsgesetz 1965) und der Krankenversicherung für Landwirte zurück. Die Bundeszuschüsse zur Sozialversicherung werden vermutlich stärker steigen als der Pensionsaufwand. Die Sozialversicherung dürfte daher imstande sein, Rücklagen zu bilden.

Die *Transferzahlungen* (ohne Pensionen) bleiben mit 8.4 Mrd. S (1965 8.3 Mrd. S) nahezu unverändert, weil keine neuen familienpolitischen Maßnahmen getroffen wurden. Mit dem Abbau der *Subventionen* soll 1967 begonnen werden. 1966 werden noch 3.45 Mrd. S Subventionen gewährt, um 8% mehr als 1965. Der Mehraufwand erklärt sich großteils aus höheren Milchpreisstützungen (der Bund nahm zunächst davon Abstand, die vorjährige Erhöhung des Erzeugerpreises voll auf die Konsumenten zu überwälzen).

Das *Budget der Landesverteidigung* ist mit 2.91 Mrd. S etwas schlechter dotiert als 1965. Die Regierung wird sich jedoch vom Parlament ermächtigen lassen, zusätzliche Heeresausrüstung im Ausland bis zur Höhe von 0.5 Mrd. S im Kreditwege zu beschaffen.

Der *Schuldendienst* des Bundes wird mit 3.88 Mrd. S um 7% (0.31 Mrd. S) weniger erfordern als 1965, weil die Tilgungen (2.27 Mrd. S) erstmals

seit Jahren zurückgehen. Der Zinsendienst (1'60 Mrd. S) steigt allerdings weiter.

Für *investitionsähnliche Zwecke* sind im Budget 9.1 Mrd. S vorgesehen, etwa so viel wie 1965 tatsächlich ausgegeben wurde (9.2 Mrd. S). Für Investitionen der Hoheitsverwaltung und der Bundesbetriebe werden 5.8 Mrd. S (1965 5.7 Mrd. S), für Instandhaltung 1.8 Mrd. S (1.8 Mrd. S) und für Investitionsförderung (1.5 Mrd. S (1965 1.7 Mrd. S)) bereitgestellt. Die Struktur der Investitionen verlagert sich weiter zugunsten der Bauten, da vor allem der Straßenbau aus den ständig steigenden Erträgen der zweckgebundenen Mineralölsteuer finanziert und daher von Sparmaßnahmen im Budget nicht betroffen wird. Dadurch steigen die Investitionen der Verwaltung um 10% (0.3 Mrd. S) auf 3.9 Mrd. S, wogegen jene der Betriebe und Monopole um 9% (0.2 Mrd. S) auf 1.95 Mrd. S zurückgehen. Ähnlich wie 1965 werden einige wichtige öffentliche Investitionsvorhaben außerhalb des Budgets finanziert (die Vorfinanzierungen müssen später aus Budgetmitteln gedeckt werden). Dazu zählen die Fernsprechautomatisierung, das Lokomotiv- und Güterwagenbeschaffungsprogramm der ÖBB sowie zwei Straßenbauvorhaben (Brenner und Felbertauern) im Gesamtbetrag von 1.3 Mrd. S.

Die Schätzung der *Gesamteinnahmen* (+5.27 Mrd. S oder 8%) geht von folgenden Ansätzen aus:

Die *öffentlichen Abgaben* sollen brutto 59.23 Mrd. S bringen, um 6.06 Mrd. S oder 11% mehr, als 1965 tatsächlich eingingen. 25.71 Mrd. S (+3.18

Mrd. S oder 14%) werden aus direkten Steuern und 33.52 Mrd. S (+2.88 Mrd. S oder 9%) aus indirekten Steuern erwartet. Nach Abzug der Überweisungen an Länder, Gemeinden und Fonds sollen dem Bund netto 38.74 Mrd. S verbleiben, um 3.86 Mrd. S oder 11% mehr als 1965. Da im I. Quartal 1966 brutto um 13% mehr Steuern eingingen als im Vorjahresquartal (direkte Steuern +14%, indirekte Steuern +12%), dürften die Ansätze des Voranschlages auch dann erreicht werden, wenn die Zuwachsraten gemäß dem unterschiedlichen Saisonverlauf in beiden Jahren künftig zurückgehen.

Entwicklung der Abgabenerträge

	1962	1963	1964	1965	1966 ¹⁾
	Zunahme gegen das Vorjahr in %				
Direkte Steuern	+12.6	+7.7	+12.5	+11.4	+14.1
Indirekte Steuern	+9.0	+7.7	+12.7	+7.8	+9.4
Abgaben, brutto	+10.5	+7.7	+12.6	+9.3	+11.4
Abgaben, netto	+9.1	+9.1	+11.2	+8.5	+11.1

¹⁾ Zunahme laut Bundesvoranschlag

Die *steuerähnlichen Einnahmen* sind mit 7.60 Mrd. S um 9% (0.64 Mrd. S) höher, die „sonstigen Einnahmen“ der Hoheitsverwaltung dagegen um 4% (—0.24 Mrd. S) niedriger angesetzt als im vorläufigen Abschluß 1965. Andererseits werden 15.81 Mrd. S *Betriebseinnahmen* erwartet, um 7% (1.02 Mrd. S) mehr als 1965. Einen Teil der Mehreinnahmen soll die Erhöhung der Bundesbahntarife ab Juni 1966 bringen.

Anton Kausel